



LEITARTIKEL

„Mach meinen Kumpel nicht an!“

Seit 30 Jahren gibt es den „Kumpelverein“, der sich mit dem Symbol der Gelben Hand gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Gleichbehandlung sowie Akzeptanz einsetzt. Am 27. September 2016 hatte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoguz, zu einer Festveranstaltung in das Bundeskanzleramt eingeladen, um die Arbeit des Vereins zu würdigen.

In zwei Ansprachen wurde die 30-jährige wichtige Arbeit des Vereins gewürdigt, das Engagement gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz dar- und die Notwendigkeit der weiteren Arbeit festgestellt. Neben etlichen Bundestagsabgeordneten waren auch Förderer, Vertreter/-innen vom DGB und allen Einzelgewerkschaften im DGB sowie eine Jugendgruppe unterschiedlicher Herkunft eingeladen.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften im DGB, also auch die GdP, sind Mitglied des „Kumpelvereins“.



Logo der Gelben Hand zusammen mit dem GdP-Stern

Foto: C. Finck



Martin Schilff, Oliver Malchow, Giovanni Pollice (Vorsitzender des Kumpelvereins) und Dietmar Schilff.

Foto: BKAmT

Neben Organisationen können aber auch Einzelpersonen Fördermitglieder sein; ich bin Fördermitglied.

Entstanden ist der Verein 1986 aus den Betrieben der Industrie, in denen es damals zu Ausgrenzung von Arbeitern mit Migrationshintergrund kam. Daraus hervorgegangen sind viele Betriebsvereinbarungen für ein vorurteilsfreies Miteinander.

Auch für die Polizei und den öffentlichen Dienst (ö. D.) insgesamt ist das Motto Verpflichtung, weil auch hier vermehrt Kolleginnen und Kollegen mit einer anderen familiären Geschichte arbeiten und es dadurch auch zu Beleidigungen, despektierlichen Äußerungen und Verbalattacken gegen Beschäftigte beim Einschreiten kommt. Hier muss man sich als Kollegin oder Kollege eindeutig positionieren und das erfolgt auch.

Von Ausgrenzungen im Dienst untereinander ist nichts bekannt, sollte dies im ö. D. allerdings in Einzelfällen

vorkommen, so wäre auch hier eine dienstliche Intervention zwingend geboten.

Die Zeiten sind unruhig, Ängste werden geschürt und sind vorhanden. Sie müssen ernst genommen werden und durch Bildung, Integrations- und Inklusionsmaßnahmen, Prävention und Sanktionsmaßnahmen, Kommunikation und Handlungskonzepte entgegengewirkt werden. Dies ist eine politische, gesellschaftliche und auch polizeiliche Debatte, die dringend geführt werden muss, damit die extremen politischen Ränder unser Miteinander nicht weiter spalten können.

Jeder kann und sollte dazu beitragen, Engagement lohnt sich.

Weitere Informationen zu dem Verein mit dem Slogan „Mach meinen Kumpel nicht an“ und zu einer Fördermitgliedschaft gibt es auf der Internetseite www.gelbehand.de.

Dietmar Schilff



Stunde der Gewerkschaften

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe **1/2017** bis zum **17. November 2016**.

Hinweise:

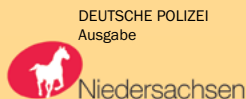
Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Am 6. 10. fand an allen drei Standorten der Polizeiakademie Niedersachsen die Stunde der Gewerkschaften statt. Mit Unterstützung der JUNGEN GRUPPE (GdP) wurde für die GdP geworben.

In Nienburg wurden ca. 200 Studentinnen und Studenten in der Aula über die zahlreichen guten Gründe

den natürlich auch allgemeine Themen und Anliegen der Studierenden wie das Studium und der Polizeialltag besprochen.

Einige der jungen Kolleginnen und Kollegen entschieden sich direkt für die Mitgliedschaft in der GdP und verließen das „Caponi“ mit einem Polizeifachhandbuch in der neuen Einsetztasche. Diese wurde den Neumitgliedern erstmalig zum Eintritt



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de

Redaktion:

Christopher Finck
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454



Informationsstand der GdP zur „Stunde der Gewerkschaft in Nienburg“. Foto: Sebastian Timke

einer Mitgliedschaft in der GdP informiert. Neben der Literaturdatenbank war die landesweite Präsenz und Ansprechbarkeit der GdP überzeugend. Dies wurde auch direkt vor Ort unter Beweis gestellt: Ein Team von elf Vertreterinnen und Vertretern des Landesjugendvorstandes stand für die Fragen der Anwärterinnen und Anwärtern zur Verfügung. Bei einem Snack in der Cafeteria „Caponi“ wur-

überreicht und von diesen gern entgegengenommen.

„Ein wirklich erfolgreicher Tag! Wir haben zahlreiche gute Gespräche mit den neuen Studentinnen und Studenten geführt und konnten ihnen unsere Gewerkschaftsthemen näherbringen,“ resümiert der kommissarische Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP) Niedersachsen, Sebastian Timke.

Maika Nordmeyer



AKTUELLES

Fragen zur Heilfürsorge

Seit Jahren arbeitet die GdP daran, die Heilfürsorge für alle Polizeibeamtinnen und -beamten in Niedersachsen zu ermöglichen. Die vielen Gespräche und wiederholten Forderungen nach einer Rückkehr zur Heilfürsorge haben endlich gefruchtet.

Wie ist der Umsetzungsstand der Wiedereinführung der Heilfürsorge für alle?

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 19. Juni 2016 die Wiedereinführung mit Wirkung vom 1. Januar 2017 beschlossen. Der Gesetzentwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes, mit dem eine entsprechende gesetzliche Regelung geschaffen werden soll, wurde in den Niedersächsischen Landtag eingebracht und wird vermutlich wie vorgelegt in der letzten Plenumsitzung des Jahres verabschiedet. Die GdP hat hierzu mit allen Fraktionen Gespräche geführt.

Ab welchem Zeitpunkt gilt dann die Heilfürsorge?

Ein Wechsel ist frühestens zum 1. Januar 2017 möglich, wobei die Erklärungen bereits jetzt abgegeben werden können. Bei späterer Abgabe der Erklärung erhalten die Betroffenen ab dem Ersten des auf den Zugang der Erklärung folgenden Monats Heilfürsorge.

Ist diese Erklärung unwiderruflich?

Nein, selbst nach der Erklärung, wechseln zu wollen, besteht eine einmalige Möglichkeit, in die Beihilfe zurückzukehren.

Welchen Leistungsumfang bildet die Heilfürsorge ab?

Der Leistungsumfang der Heilfürsorge entspricht im Wesentlichen dem Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung. Anders als gesetzlich krankenversicherte Personen haben Heilfürsorgeberechtigte in Niedersachsen jedoch keine Zuzahlungen entsprechend den Vorschriften des Fünften Sozialgesetzbuches (z. B. bei Arznei- und Heilmitteln) zu leisten.

Heilfürsorgeberechtigte sind keine Privatpatienten. Werden privatärztliche Leistungen dennoch in Anspruch genommen, besteht kein Anspruch auf Kostenübernahme durch die Heilfürsorge. Auch Wahlleistungen bei stationärer Behandlung gehören – ebenso wie bei der Beihilfe – nicht zum Leistungsumfang der Heilfürsorge.

Welche Kosten sind für die Betroffenen mit der Heilfürsorge verbunden?

Für die Absicherung durch die Heilfürsorge wird den Heilfürsorgeberechtigten in Niedersachsen monatlich ein Betrag in Höhe von 1,6% des jeweiligen Grundgehaltes angerechnet.

Was spart man durch die Heilfürsorge?

Es entfällt die eigene Versicherung in der PKV. Benötigt wird aber eine Anwartschaft (Übernahmeverpflichtung einer privaten Krankenversicherung zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand) und ggf. Ergänzungsversicherungen in der PKV. Viele Kolleginnen und Kollegen haben Ergänzungsstarife, um Lücken im Leistungskatalog auszugleichen. Um diese weiterhin bestehenden Lücken – es wird ja der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse zugrunde gelegt – auszugleichen, bedarf es eines Ergänzungsstarifes (z. B. „Zähne“). Die individuelle Ersparnis kann damit je nach Beihilfebemessungssatz, Alter und Gesundheitszustand sehr unterschiedlich ausfallen.

Welche Forderungen hat die GdP noch?

Unser Ziel ist immer noch eine freie Heilfürsorge, das heißt, ohne Kostenbeteiligung. Das ist mit einer Beteiligung von 1,6% noch nicht gegeben. Zumindest muss nach Auffassung der GdP in einem ersten Schritt aber eine Reduzierung auf 1,3% erfolgen. Die Erhöhung um 0,3% wurde zur Kompensation der Praxisgebühr eingeführt. Diese gibt es mittlerweile nicht mehr, so dass die GdP fordert, diesen Betrag nicht weiter zu erheben. **Red.**

KOMMENTAR

Heilfürsorgewechsel – aufgepasst!

Als Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Göttingen habe ich mich intensiv mit den Regelungen der Heilfürsorge auseinandergesetzt. Jeder Kollegin und jedem Kollegen sei geraten, sich individuell durch seinen Versicherungsvertreter beraten zu lassen.

Folgende Punkte sind aus meiner Sicht besonders relevant:

1. Mann oder Frau braucht auf jeden Fall eine große Anwartschaftsversicherung, die man bei einer privaten Versicherung behalten sollte. Dort hat man schon Altersrückstellungen eingezahlt, die bei einem Versicherungswechsel (oder einen

Wechsel auf eine kleine Anwartschaftsversicherung) verloren gehen. Das soll sich überhaupt nicht rechnen.

2. Insofern kann man es sich auch sparen, „Konkurrenzangebote“ von anderen Versicherungen einzuholen.

3. Beachte bitte, dass Deine private Krankenversicherung Dich als gut zahlenden Kunden verliert, wenn Du in die Heilfürsorge wechselst. Somit ist für Deinen Versicherungsvertreter die Änderung/Wiedereinführung der Heilfürsorge nicht positiv! Je nach Seriosität des Vermittlers kann es passieren, dass die Heilfürsorge „schlechtergedet“ wird. Daher informiere Dich bitte auch unabhängig, z. B. bei einem älteren Kollegen mit Heilfürsorge, über den Leistungsumfang der Heil-

fürsorge. Wir „Alten“ sind in der Heilfürsorge nicht „eins zu eins“ gleichzusetzen mit den Kassenpatienten. Manche Vertreter versuchen das zu suggerieren, aber das stimmt so nicht. So fallen wir z. B. nicht ins Kassenbudget der Ärzte und sind dadurch als zusätzlich zahlende Kunden (wenn es für den Arzt auch weniger gibt, als bei Privatpatienten) durchaus gerne gesehen. Meine Frau (und meine Kinder) sind privat versichert, ich habe Heilfürsorge.

Selber habe ich bisher mit der Heilfürsorge noch keine schlechten Erfahrungen gemacht. Ein Vorteil für mich ist zum Beispiel auch, dass der Papierkram und auch das Geldauslegen vollständig wegfallen. **Ralf Hermes**



FRAUENGRUPPE

„Frauen fahren fort“ – auch 2017!

Frauen reden mit in der GdP. Denn sie wissen: Ihre Chancen im Beruf werden sich nur verbessern, wenn sie sich selbst für ihre Anliegen starkmachen! So steht es auf der Homepage der GdP. Und so wird es auch gelebt.

Da es sich am besten miteinander denn alleine spricht, organisiert die GdP-Frauengruppe für interessierte Gewerkschafterinnen die nächste „Frauen fahren fort“-Tour. Vergangenen Februar ging es in den hanseatischen Norden. Nun ist die Bundeshauptstadt das nächste Fahrtziel. Vom 10. bis 12. März 2017 gibt es in Berlin ein umfangreiches gewerkschaftspolitisches Programm, wobei neben dem Besuch der Bundesgeschäftsstelle auch ein Treffen mit niedersächsischen Vertretern im Bundestag geplant ist. Mit einer Fahrt auf der Spree und einem Ausflug zum größten Trödelmarkt Euro-



Frauengruppe vor der Davidwache in Hamburg im Frühjahr 2016.

Foto: Ute Bösch

pas als weitere Programmpunkte wird der gegenseitige Austausch ebenfalls nicht zu kurz kommen.

Anschließend wird das Landesjournal über die Fahrt berichten.

Red./PM



Urlaub 2017



Die Sommerkataloge sind da!

Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit

5 % Ermäßigung!

Eine kleine Auswahl einiger unserer Reisepartner...



GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Tel. 05 11/53 03 80 / Fax 05 11/5 30 38 50
service@gdp-service.de/www.gdp-service.de



DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Achtung, Pensionierungswelle!

1. Oktober 2016: Dieses Datum war für die meisten Dienststellen im Lande kein gewöhnliches, sondern ein ganz wichtiger Stichtag. Versetzungen wurden wirksam und Polizeikommissarinnen und -kommissare traten nach dem absolvierten Studium ihren Dienst in den Hundertschaften oder im Einzeldienst an. Ein lang ersehntes Aufatmen. Aber wieder mal nur kurz.

Die GdP macht seit Jahren darauf aufmerksam, dass es bei der Polizei zu wenig Personal gibt. Erst im Februar dieses Jahres startete in Niedersachsen die Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“, womit nicht nur hierzulande, sondern bundesweit für die Einstellung neuer Kolleginnen und Kollegen geworben wurde. Und diese Werbung ist nach wie vor notwendig!

So ist die Pensionierungswelle schließlich in aller Munde. Dabei ist die „Welle“ nicht weit weg, sondern schon konkret im Anmarsch. Ein Blick auf die gegenwärtige Altersstruktur im Polizeivollzugsdienst des Landes Niedersachsen belegt diese Herausforderung mit Zahlen. So sind aktuell etwas mehr als 7200 und damit rund 35 Prozent aller Polizeivollzugsbeamten über 50 Jahre alt (Stand: 1. Januar 2016). Die Leistungsfähigkeit der Polizei hängt also schon heute deutlich stärker als bisher von der Motivation und Arbeitsfähigkeit der älteren Kolleginnen und Kollegen ab.

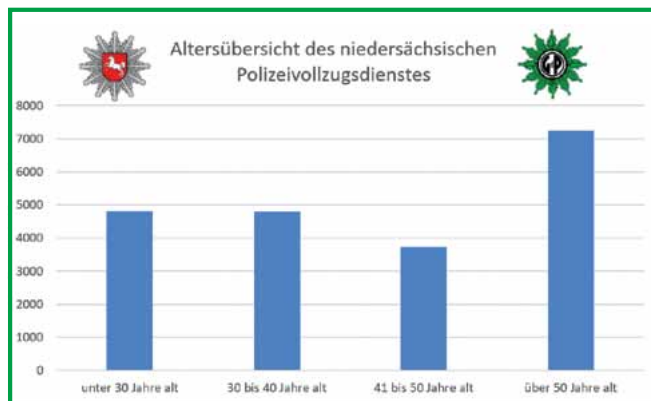


Gleichzeitig verlässt eine Vielzahl erfahrener Sachbearbeiter (bei den Führungskräften ist es ebenso) jedes Jahr die Polizei und macht Platz für Jüngere. Nur ist die Anzahl der deutlich „Jüngeren“ (noch) überschaubar. So machen die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten unter 30 Jahren derzeit nur einen Anteil von rund 23 Prozent aus. Mit dem geplanten Doppelhaushalt 2017/2018 und den damit verbundenen zusätzlichen Einstellungen von 150 Anwärterinnen und Anwärtern bei der Polizei im nächsten und übernächsten Jahr

Niedersachsen die Forderung nach mehr Personal in allen Bereichen der Polizei (Vollzug, Tarif, Verwaltung) und auch den Ausbau der Studienkapazitäten an der Polizeiakademie gegenüber dem niedersächsischen Landtag.

Die GdP verschließt dabei nicht die Augen davor, dass es infolge des demografischen Wandels deutlich schwieriger wird, junge Arbeitskräfte für die Polizei zu gewinnen. Deshalb nimmt schon jetzt der Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs in allen Altersklassen zu. Gerade aufgrund dieser absehbaren Entwicklungen ist es unabdingbar, dass der Polizeiberuf weiterhin attraktiv bleibt. Aus diesem Grund setzt sich die GdP nicht nur für mehr Personal, sondern auch für eine gerechte Bewertung der polizeilichen Arbeit sowie eine bessere Bezahlung bzw. höhere Besoldung für alle ein. Gleichzeitig muss der bereits bestehende Beförderungsstau von A 9 nach A 10 zügig abgebaut werden, denn der dringend benötigte Nachwuchs von heute darf nicht gleich zum Konkurrenten von morgen werden!

Mitte September unterstrich daher die GdP



Demografische Verteilung der Altersstruktur in der niedersächsischen Polizei. Grafik: PM/GdP

Red./PM



BG LKA

Gruppenausflug in den Spreewald

Die Bezirksgruppe Landeskriminalamt verbrachte mit ihren interessierten Mitgliedern vom 23. bis 25. September 2016 ein sensationelles Wochenende im wunderschönen Spreewald in Lehde, einem pittoresken kleinen Dorf bei Lübbenau.

Dank unseres dort in jungen Jahren aufgewachsenen GdP-Mitgliedes Christopher Finck wurden wir durch das wunderschöne Dorf, das an Venedig erinnert (eben nur auf Deutsch!), mit einem Kahn von ihm selbst gefahren, haben die Fließe mit Kanus erforscht und beim jährlich stattfindenden Dorffest mitgemischt! Uwe Pätzold und Christopher haben sich am traditionellen

Einbaum-Wettbewerb beteiligt und sind mit Fug und Recht quasi Niedersachsenmeister geworden. Nach sehr konstruktiver Aufarbeitung der Ergebnisse der Personalratswahl und innovativer Vorschläge für die Zukunft konnten bei bestem Sonnenwetter die nächsten Aktivitäten angegangen werden.

Natürlich waren die berühmten Spreewaldgurken und deren Verköstigung allgegenwärtig bis zum Schluss. Hier wurden alle Teilnehmer mit einer „Gurke – in der Dose“ durch Christopher am Sonntag verabschiedet. Jede Unterhaltung im LKA über dieses Wochenende mit einem der Teilnehmer der GdP-Fahrt zeichnet ihnen noch heute ein freudiges Lächeln ins Gesicht.

Andreas Nünemann



GdP-Mitglieder des LKA lassen sich durch das idyllische Spreewalddorf Lehde „staken“.

Foto: N. Finck

MIGRATION UND POLIZEI

Kochbegegnung 2016

Am 22. November 2016 (16.30 bis 21 Uhr) bietet das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder acht Polizei-beschäftigten die Möglichkeit, gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten in Nienburg unter fachlicher Anleitung zu kochen und sich auszutauschen.



Kochbegegnung zwischen Flüchtlingen und Polizeibeamten im Jahr 2015

Foto: GdP

Auf diese Weise möchte die Stiftung – wie schon 2015 – helfen, eventuell bestehende Vorurteile und Berührungängste auf beiden Seiten abzubauen. Neben dem Kochen von Speisen aus verschiedenen Weltregionen können sich spannende Gespräche und neue Perspektiven ergeben, wie insbesondere die Teilnehmenden des vergangenen Jahres berichteten. Die Kochbegegnung lief 2015 sehr erfolgreich, wie im Internet unter „Mensch ist Mensch!“ nachzulesen ist: www.fes-forumberlin.de/content/einwanderungsgesellschaft.php.

Die Teilnahme ist kostenlos. Wer Interesse an der Teilnahme hat, meldet sich bitte unter forum.kc@fes.de per E-Mail. **Red.**



QR-Code zum Bericht der Kochbegegnung 2015



FACHAUSSCHUSS WSP

Wohin driftet die Wasserschutzpolizei in Niedersachsen?

Der Fachausschuss Wasserschutzpolizei (WSP) der GdP Niedersachsen setzt sich intensiv mit den Interessen und Belangen der niedersächsischen Wasserschutzpolizei auseinander. Es zeigt sich, dass die Reformen der Vergangenheit am Bedarf der Beamtinnen und Beamten vorbeiging und die Zusammenarbeit sowohl der WSP Buten als auch Binnen einer Verbesserung bedarf. Für die DEUTSCHE POLIZEI hat der Fachausschuss der GdP folgenden Situationsbericht verfasst.

Durch die vorherige Landesregierung wurde die WSP Niedersachsen unter der Führung des damaligen Innenministers Uwe Schönemann zerschlagen und 2011 neu erfunden. Es folgte die Trennung der WSP Küste von der WSP im Binnenland. Die WSP im Küstenbereich wurde in die ZPD, Abteilung 3, integriert. Die WSP im Binnenland wurde in die Polizeidirektionen Lüneburg, Osnabrück, Göttingen und Hannover ausgelagert.

Dort wurden die verbliebenen WSP-Beamten an die Verfügungseinheiten bzw. an den Zentralen Verkehrsdienst angedockt. Die Organisationsüberprüfung der WSP Niedersachsen im Jahre 2014 ergab, dass durch diese Umstrukturierung keine Optimierung erreicht wurde.

Die erhofften Synergieeffekte im Binnenland durch die Anbindung an die Verfügungseinheiten stellten sich nicht ein. Auch die Anbindung der WSP-Küste an die ZPD erwies sich als suboptimal. Im April 2015 erteilte Innenminister Pistorius den Auftrag zur Einbindung der WSP Küste in die PD Oldenburg.

Die Eingliederung erfolgte zum 1. Januar 2016 als Wasserschutzpolizeiinspektion mit Sitz in Oldenburg. Im Binnenland erfolgte die Trennung von den Verfügungseinheiten bzw. dem Verkehrsdienst.

Die WSP-Dienststellen in Hannover, Nienburg, Meppen und Scharnebeck wurden zu WSP-Stationen. Die Koordinierungsstelle im Stab der WSPI in Oldenburg übernimmt in en-



Nienburger Dienstboot auf der Weser.

Foto: Wolfgang Göllner

ger Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden im Binnenland verschiedene Koordinationsaufgaben, u. a. im Bereich Aus- und Fortbildung, Einsatzmittel und Bootswesen.

Um die offenen Fragen nach der Umstrukturierung der WSP Niedersachsen zu klären, wurde der WSPI-Leiter Herr Beensen vom GdP-Fachausschuss WSP zu einer Sitzung eingeladen, bei der er eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der WSP Buten und Binnen zusicherte.

Im WSP-Fachausschuss mit den Mitgliedern von der Küste und aus dem Binnenland klappte die Zusammenarbeit schon immer hervorragend. Seit der Zwangstrennung der WSP vor fünf Jahren hat sich aber gezeigt, dass die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt der nunmehr recht überschaubaren WSP-Dienststellen im Land aber merklich zurückgegangen ist, obwohl viele Schnittmengen bestehen und der Bedarf zu einer engen Zusammenarbeit erkannt wurde.

Im Gegensatz zur WSP Küste gibt es im Binnenland keine gemeinsame Leitung, die als kompetenter Interessenvertreter und Ansprechpartner für Verbände, Behörden und Unternehmen im Schifffahrtsbereich zur Verfügung steht. Auch im Bereich der Außendarstellung der WSP Binnen fehlt eine Instanz. In der täglichen Arbeit vor Ort zeigt sich, dass die WSP Binnen immer weiter auseinanderdriftet, weil die WSP -Stationen in den unterschiedli-

chen Behörden keine erkennbare gemeinsame Linie verfolgen und auch die sachlichen Zuständigkeiten teilweise voneinander abweichen. Das bedeutet zum Beispiel, dass schifffahrtspolizeiliche Sachverhalte bei den Dienststellen im Binnenland daher oft ganz unterschiedlich bewertet und behandelt werden. Es fehlt an Absprachen, Leitlinien und gemeinsamen Schwerpunkten im Binnenbereich.

Gemeinsame dienstliche und außerdienstliche Aktionen werden nicht mehr durchgeführt. Eine WSP-Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl ist kaum noch vorhanden.

Aus Sicht des Fachausschusses WSP ist zu befürchten, dass durch die Trennung der WSP und die Zersplitterung im Binnenland in absehbarer Zeit mehrere ganz unterschiedliche Wasserschutzpolizeien im Land entstehen, die völlig losgelöst voneinander agieren.

Das Problem der Trennung und schleichenden Entfremdung durch die neuen Organisationsstrukturen der WSPN wurde durch den FA schon frühzeitig erkannt.

Ein weiteres Auseinanderdriften der WSP Niedersachsen kann nicht im Interesse der Bürger und der Mitarbeiter sein. Der FA-WSP wird daher alles tun, um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken, damit das zusammen bleibt was zusammengehört.

Wolfgang Göllner,
FA-WSP



Termincheck

JHV der KG Oldenburg-Land am 2. November 2016

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Oldenburg-Land findet am Mittwoch, dem 2. November 2016 um 17.30 Uhr im Restaurant Mongolei in 27777 Ganderkesee, Wildeshauser Landstraße 66, statt. Hierzu sind alle Kreisgruppenmitglieder herzlich eingeladen. An der Veranstaltung wird auch der stellv. Landesvorsitzende Jörg Mildahn teilnehmen. Nach der Veranstaltung sind alle Teilnehmer/-innen zu einem gemeinsamen Essen eingeladen.

Sven Hoopmann

JHV der KG Northeim am 3. November 2016

Die Kreisgruppe Northeim lädt zu ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 3. November 2016, 16.30 Uhr, in das allseits bekannte Gasthaus Ahrendt im Moringener Ortsteil Iber ein.

Neben allgemeinen Dingen der Kreisgruppe Northeim ist der Vorstand neu zu wählen. Als Gastredner wird ein Referent über die neuen Heilfürsorgebestimmungen sprechen. Ein weiterer Gastredner ist der Vorsitzende der Bezirksgruppe Göttingen und Mitglied im Hauptpersonalrat, Ralf Hermes, Hameln. Er wird ein Statement zu aktuellen Themen abgeben. Ein gemeinsames Abendessen wird den Abend abrunden. Der Vorstand hofft auf zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder und bittet darum, sich in den ausliegenden Anmelde Listen auf den Dienststellen einzutragen.

Frank Grube

Weihnachtsfeier der Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre der Kreisgruppe Göttingen

Der Vorstand der KG Göttingen lädt auch in diesem Jahr ganz herzlich alle Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre mit Partnerinnen und Partner zu der diesjährigen Weihnachtsfeier am **8. Dezember 2016 um 15.00 Uhr** in das Polizeidienstgebäude in der Otto-Hahn-Straße ein. Der

Polizeichor Göttingen und eine kleine Weihnachtsgeschichte werden uns in vorweihnachtliche Stimmung versetzen. Bitte meldet euch unter den Telefonnummern 05 51/4 91-10 81, 10 82, 10 83 an.

Joline Schäfer

Berichte

KG Bepo Oldenburg im Dialog mit MdB Rohde

Neue Aufgaben erhöhen die Anforderungen an die Polizei stetig. Die wachsende Terrorgefahr ist sicher eine der größten Herausforderungen. Darin waren sich die Diskussionssteilnehmer der GdP-Kreisgruppe Bepo Oldenburg und der SPD-Bundestagsabgeordnete Dennis Rohde einig.

Rohde betonte: „Die Polizei leistet für unsere Bürger und die Gesellschaft eine hervorragende Arbeit.“

In einem fast zweistündigen Austausch wurden u. a. Themen wie Gewalt gegen Polizeibeamte und Angehörige der BOS, Ausstattung und Aufstockung der Mittel für die Bereitschaftspolizei durch den Bund und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren erörtert.

Zum Ende der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmer einig, dass der bestehende Dialog zeitnah und regelmäßig fortgesetzt werden soll.

Ingo Lowski



Fachtagung Bereitschaftspolizei am 29. November 2016 in Hannover

Der Fachausschuss Bereitschaftspolizei der GdP Niedersachsen führt eine Fachtagung durch, zu der sich interessierte Kolleginnen und Kollegen anmelden können. Thematisch soll die Bedeutung der Einsatzeinheiten für die Bewältigung von täglichen Herausforderungen aber auch für die aktuelle Sicherheitslage sowie die Entwicklung der Einsatzmittel behandelt werden.

Am 29. November 2016 findet die Fachtagung des Fachausschusses Bereitschaftspolizei in Hannover

statt. Zielgruppe sind nicht nur Angehörige der Bereitschaftspolizei, sondern auch solche der Leo-Leine-Einheiten und andere interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Inhaltlich soll die Bedeutung der Bereitschaftspolizei für die polizeiliche Einsatzbewältigung und die derzeitige Situation der Beanspruchung der Einsatzeinheiten und das Positionspapier Operative Bereitschaftspolizei der GdP Bund dargestellt werden. Ein weiteres Thema ist die aktuelle Entwicklung der Einsatz-

mittel mit Schwerpunkt auf die Bereitschaftspolizei. Offene Fragen zur Zukunft und Finanzierung der Bereitschaftspolizei werden bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Polizei, der Politik und der GdP diskutiert.

Die Meldung der Teilnehmenden erbitten wir an gdp-niedersachsen@gdp.de. An alle angemeldeten Kolleginnen und Kollegen ergeht eine gesonderte Einladung.

Red.

